

2/2008

13.2.2008

„Die deutsche Stammzell-Forschung braucht ein neues Gesetz“

Angesichts der bevorstehenden Debatte im Bundestag um die Neuregelung des Stammzellgesetzes fordert der Präsident der Leibniz-Gemeinschaft, Ernst Th. Rietschel, die Abschaffung der bisherigen Stichtagsregelung: "Das Gesetz in seiner derzeitigen Form behindert nicht nur die Forschung massiv, sondern stellt Wissenschaftler bei internationalen Kooperationen unter Strafandrohung."

Berlin – Angesichts der bevorstehenden Debatte im Deutschen Bundestag um die Neuregelung des Stammzellgesetzes fordert der Präsident der Leibniz-Gemeinschaft, Ernst Th. Rietschel, die Abschaffung der bisherigen Stichtagsregelung: "Das Gesetz in seiner derzeitigen Form behindert nicht nur die Forschung massiv, sondern stellt Wissenschaftler bei internationalen Kooperationen unter Strafandrohung."

Rietschel sieht sich damit im Einvernehmen mit den großen Forschungsorganisationen wie der Deutschen Forschungsgemeinschaft (DFG) und der Max-Planck-Gesellschaft (MPG). Die DFG hatte bereits vor mehr als einem Jahr eine Stellungnahme veröffentlicht, wonach der deutschen Forschung auch neuere, im Ausland hergestellte und verwendete Stammzelllinien zugänglich gemacht werden sollten, sofern diese aus "überzähligen" Embryonen entstanden sind. In der DFG-Stellungnahme heißt es: "Deshalb sollte die Stichtagsregelung abgeschafft werden." Ferner spricht Rietschel sich ebenso wie die DFG und die MPG für eine Einfuhr von Zelllinien aus, "wenn diese für diagnostische, präventive und therapeutische Zwecke verwendet werden sollen."

Drittens schließlich müsse die Strafandrohung für Wissenschaftler aufgehoben werden. Momentan sei es so, dass es für Wissenschaftler erhebliche strafrechtliche Risiken gebe, wenn sie in internationale Kooperationen, beispielsweise bei EU-finanzierten Projekten, eingebunden sind und wenn dabei in ausländischen Labors mit Zellen gearbeitet wird, die in Deutschland nicht zugelassen sind. "Das isoliert deutsche Forschungseinrichtungen", sagt der Leibniz-Präsident. Die DFG schreibt in ihrer Stellungnahme vom November 2006: "Zunehmend versagen sich deshalb ausländische Wissenschaftler einer Kooperation mit deutschen Forschungseinrichtungen und einer Gasttätigkeit im Inland aufgrund des auch für sie bestehenden Strafbarkeitsrisikos."

Der Leibniz-Präsident ist selbst Lebenswissenschaftler und leitete viele Jahre "Forschungszentrum Borstel - Leibniz-Zentrum für Medizin und Biowissenschaften". Er unterstreicht: "Die Leibniz-Gemeinschaft steht für exzellente Forschung, die in jeder Phase transparent ist." Ethische Grundsätze seien für die Lebenswissenschaftler außerordentlich wichtig. "Wir wollen Krankheiten heilen", sagt Rietschel. Internationale Kooperationen, gerade auch im Bereich der Stammzellforschung, seien dafür unverzichtbar.

Kontakt

Leibniz-Gemeinschaft

Josef Zens

Schützenstraße 6a

10117 Berlin

Tel.: + 49 (0) 30 20 60 49-42

Fax: + 49 (0) 30 20 60 49-55

E-Mail: zens@leibniz-gemeinschaft.de

www.leibniz-gemeinschaft.de

Zur Leibniz-Gemeinschaft gehören 82 außeruniversitäre Forschungsinstitute und Serviceeinrichtungen für die Wissenschaft sowie sechs assoziierte Mitglieder. Leibniz-Institute bearbeiten gesamtgesellschaftlich relevante Fragestellungen strategisch und themenorientiert. Dabei bedienen sie sich verschiedener Forschungstypen wie Grundlagen-, Groß- und anwendungsorientierter Forschung. Sie legen neben der Forschung großen Wert auf wissenschaftliche Dienstleistungen sowie Wissenstransfer in Richtung Politik, Wissenschaft, Wirtschaft und Öffentlichkeit. Die Institute beschäftigen rund 13.700 Mitarbeiter, ihr Gesamtetat beträgt etwa 1,1 Milliarden Euro. Sie werden gemeinsam von Bund und Ländern finanziert.

www.leibniz-gemeinschaft.de